

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Verkäufe nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband beginnt für Deutschland, Dänzig, das Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußens M. 29.— für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Berlin Straße 29

Die geborgenen Manuskripte über deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Postentwärtigen. Klein Anzeigen: Das letzte Heft des Monats M. 1.—, jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postentwärtigen. Verkauf Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das letzte Heft des Monats 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wiederherstellung Europas

Lloyd Georges Pläne

Außer den offiziellen Meldungen über den Verlauf der Londoner Besprechungen werden in mehreren englischen und französischen Blättern weitere Einzelheiten berichtet. So teilt der „Petit Parisien“ mit, daß man sich gestern über allgemeine Fragen unterhalten habe, die Spezialprobleme sollen erst heute erörtert werden. Lloyd George will, daß man nicht mehr provisorische Lösungen suche, sondern eine endgültige und vollkommene Regelung aller Fragen vornehmen solle. Er macht zu diesem Zweck folgende Vorschläge:

1. Reparationen: England würde die Initiative zu einer endgültigen Revision dieses Problems unternehmen. Es bleibe dann nur die deutsche Schuld bezüglich der zerstörten Gebiete bestehen. Die zerstörten Gebiete des englischen Weltreiches seien in Westsicht kein Handel. Um diese wiederherzustellen, müßte England endgültig auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen verzichten. Dieser Verzicht hätte die Wirkung, Frankreich für den Verzicht, den man von ihm fordert in finanzieller Hinsicht, die Priorität zu gewähren, die ihm der Versailler Vertrag verleiht. Außerdem erklärt man englischerseits, daß diese Priorität im Abkommen von Wiesbaden verzeichnet sei.

2. Einschränkung der Rüstungen zu Lande: Gesamten der französischen Sicherheit: Um die Einschränkung der Rüstungen zu Lande möglich zu machen und das Problem der französischen Sicherheit zu lösen, wünscht Lloyd George, daß ein neu umschriebener Vertrag, der auch Zwangsmahnahmen vorsehe, nicht nur England und Frankreich, sondern auch Deutschland und vielleicht auch Italien vereinige. Um die militärische Neutralität des Rheinlandes aufrechtzuerhalten, die durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben sei, würden sich die unterzeichneten Mächte verpflichten, sofort die Waffen gegen jede Macht zu ergreifen, die direkt oder indirekt diese Neutralität verletze. Es liege im Geiste der Vorschläge Lloyd Georges, daß diese Garantie mit der baldigen Räumung des Rheinlandes von den Besatzungstruppen verknüpft sei.

3. Wiederherstellung des Friedens im nahen Orient: Das englische Projekt bereitet eine Vermittlung vor, die auch den heftigsten Minderheiten in Kleinasien und namentlich in Smyrna Schutz gewährt. Letzterem würde man ein ähnliches Regime geben wie der Stadt Danzig. Die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens würden eingeladen werden, zu Beginn des nächsten Monats darüber zu beraten.

4. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland: Da die Sowjetregierung die Vorkriegsschulden Rußlands anerkannt und sich bereit erklärte, alle Verpflichtungen einer zivilisierten Regierung anzuerkennen, glaubt die englische Regierung, daß kein Anlaß besteht, die Anerkennung der Sowjetregierung weiterhin abzulehnen. Diese Anerkennung soll der Ausgangspunkt einer gemeinsamen Aktion werden, die die Wiederherstellung Sowjetrußlands bezweckt.

Briand soll zwar mit der Regelung aller dieser Probleme einverstanden sein, aber wünsche, daß nur etappenweise vorgegangen werde, und daß zuerst eine feste Allianz zwischen England und Frankreich abgeschlossen werde.

Der französische Wiederaufbauminister Louchet und der englische Schatzsekretär Horne wohnten der Besprechung der beiden Ministerpräsidenten nur kurze Zeit bei; sie begaben sich dann in das englische Staatsamt, um dort die Frage der deutschen Reparation zu besprechen. Sie haben Berichte ausgearbeitet, die der heutigen Konferenz der Ministerpräsidenten vorgelegt werden sollen.

Bertinax berichtet im „Echo de Paris“, daß sich die französische Abordnung wegen Rußland auf den Standpunkt stellen werde, daß eine offizielle Anerkennung der Sowjetregierung erst dann stattfinden sollte, wenn diese nicht nur die Vorkriegsschulden anerkennt, sondern auch die Zusage gegeben habe, daß es alle Verpflichtungen eines zivilisierten Staates übernehmen wolle. Deutschland müsse ferner Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ergreifen und seine auswärtigen Devisen müßten zentralisiert werden. Die Handelsstatistiken, die jetzt nicht genau geführt würden, müßten nunmehr in ehrenhafter Weise angelegt werden. Außerdem würden sich die Alliierten das Recht vorbehalten, den Direktor für das deutsche Zollwesen zu ernennen.

Rathenau in London

EE. London, 20. Dezember.

Rathenau hatte gestern eine Besprechung mit Sir Robert Horne. Formell wird die Nachricht dementiert, derzufolge ein großes Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland in Aussicht genommen sein solle. Horne erklärte, daß es nicht in der Absicht Briands und Lloyd Georges liege, mit Vertretern des deutschen Reiches, welches diese auch seien, Besprechungen einzuleiten. Denn die beiden Ministerpräsidenten hätten genug Probleme zu erörtern, so daß es nicht

wünschenswert sei, in diesen Erörterungen irgendeine Komplikation eintreten zu lassen. Die Anwesenheit Rathenaus in London könnte zu der Auslegung Anlaß geben, als ob Besprechungen wegen eines Abkommens zwischen Deutschland und England eingeleitet werden sollten. Aber Rathenau wurde keinesfalls nach London berufen, und sein Aufenthalt siehe in keiner Beziehung mit der Reise Briands. Es ist wahrscheinlich, daß er die früher von ihm eingeleiteten Besprechungen über die deutsch-russischen Beziehungen fortsetzt.

EE. Paris, 20. Dezember.

Dem „Matin“ wird über den Aufenthalt Rathenaus in London berichtet, daß dieser aus verschiedenen Gründen dort eingetroffen sei, deren erster der sei, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder anzuknüpfen. Rathenau habe diese Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Rathenau habe besser als Stinnes seine Ansichten über diesen Punkt dargelegt. Der „Matin“ glaubt nicht, daß man von französischer Seite gegen die Fortsetzung dieses Gedankenaustausches über diese Frage irgendwelche Einwendungen erheben werde. Wenn die französisch-englischen Besprechungen zu einer prinzipiellen Einigung führen sollten, wäre es wahrscheinlich, daß Dr. Rathenau und Unterstaatssekretär Fischer, der ihn begleitet, in Zusammenkünften mit rein informativem Charakter angehört werden könnten.

Schwere Anklagen gegen Bela Kun

Wien, 20. Dezember.

Unter dieser Überschrift bringt das Organ der österreichischen kommunistischen Partei „Die Rote Fahne“, die Meldung, daß in den nächsten Tagen eine Broschüre eines angesehenen ungarischen Kommunisten erscheinen würde, die schwerste Anklage gegen Bela Kun enthalte. Die „Rote Fahne“ bemerkt dazu, daß sie nicht in der Lage sei, diese Anklagen nachzuprüfen, sie seien jedoch so schwerwiegend, daß die bezeugten Instanzen der kommunistischen Internationale vollste Klarheit schaffen müßten. Das Zentralkomitee der österreichischen kommunistischen Partei werde an die kommunistische Internationale die Aufforderung richten, diese Angelegenheit schnellstens und restlos zu klären.

Die Sehnsucht nach der Regierung

Die Deutsche Volkspartei setzt ihr Liebeswerben um die Ministerposten fort. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird auseinandergesetzt, daß man jetzt nicht die Hände in den Schößen legen, das weitere abwarten und je nachdem über englische Treulosigkeit oder französische Hoch jeteren dürfe. Es sei nicht zu hoffen, daß sich die deutschfeindliche Stimmung in Frankreich ändern werde, deshalb müsse die Entscheidung für England getroffen werden.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als erschlossen eine Politik zu verfolgen, die England die Möglichkeit gibt, den französischen und blinden Haß gegen jede wirtschaftliche Vernunft geborenen Ansprüchen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Dazu gehört vor allen Dingen, daß in der deutschen Regierung mit maßgebenden Einfluß Männern liegen, von denen die Führer Englands die volle Ueberzeugung gewinnen, daß man sich auf sie verlassen kann. Das Schlimmste, was wir heute tun können, wäre eine Haltung, die zwischen England und Frankreich hin und her lapidiert und bei beiden den Anschein erweckt, daß man aus dem Gegensatz zwischen ihnen für sich kleine Augenblindschritte herauszuschlagen bestrebt ist. Es besteht unzweifelhaft in England ein hartes Mißtrauen gegen die Stetigkeit und Zuverlässigkeit der deutschen Politik. Wird dieses Mißtrauen durch bestimmte Maßnahmen und Abmachungen sowie durch das Hervortreten bestimmter Persönlichkeiten verstärkt, dann schwenkt sofort England um und verständigt sich mit Frankreich auf Kosten Deutschlands. Hier also liegt für uns der Schlüssel der Situation. Der Ausgang der Verhandlungen in London wird zeigen, was man von uns erwartet und wie man sich zu uns stellen wird. Wir sind in der Tat an einem Wendepunkt unserer Politik angelangt. Wird die deutsche Reichsregierung den Erfordernissen des Augenblicks gewachsen sein?

Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Herren Stinnes und Stresemann schleunigst in die Regierung zu berufen, Frankreich den Fehdehandschuh hinzuwerfen und England an das treue deutsche Herz zu drücken. Diese Schlaumeierpolitik mag vielleicht auf die volksparteilichen Stammtische einigen Eindruck machen; andere Leute werden sich daran erinnern, daß Herr Hugo Stinnes und seine Partei vor gar nicht langer Zeit ebenso brünstig Frankreich umworben haben und während des Krieges die Hauptträger der Gott-straßen-England-Politik waren. Es ist daher kaum anzunehmen, daß die deutsche auswärtige Politik besser beraten ist, wenn sie sich an das neueste volksparteiliche Rezept hält.

Der Nachfolger Jädel. Zum Nachfolger des Ende dieses Monats auscheidenden sächsischen Arbeitsministers Genossen Jädel hat der sächsische Ministerpräsident den Reichstagsabgeordneten Genossen Kistau-Dresden berufen. Genosse Jädel will sich wieder der gewerkschaftlichen Tätigkeit zuwenden.

Militaristische Verheerung

Die französischen Sozialisten gegen Lefèvre

Die Rede des französischen Abgeordneten Lefèvre, der in der französischen Kammer heftige Anklagen gegen das System der geheimen Rüstungen in Deutschland erhob, hat sowohl im Parlament wie im Lande selbst große Beachtung gefunden und wirkt in der französischen Presse noch heute fort. Besonders starken Beifall fand Lefèvre, als er unter Hinweis auf die Waffenfunde in Heidenau den Versuch machte, auch die deutsche Arbeiterklasse als des Vertrauens unwürdig hinzustellen.

Gegen diese Methode der Herabsetzung der deutschen Arbeiterklasse und der nationalpolitischen Verheerung des französischen Proletariats wendet sich das Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei „Populaire“ in einer Reihe von scharfen Artikeln, in denen es die Entwaffnungsfrage von dem nationalpolitisch-militaristischen Beiwerk zu befreien sucht, das von den französischen bürgerlichen Parteien geschildert in diese Frage hineingetragen wird. Besonders beachtenswert ist der Offene Brief, den der Genosse S. Grumbach im „Populaire“ vom 10. Dezember an den Abgeordneten Lefèvre gerichtet hat. Genosse Grumbach, der soeben nach 14 tätigen Aufenthalt in Deutschland nach Paris zurückgekehrt war, schildert in diesem Brief zunächst die Einbrüche, die er bei dem Besuch der Deutschen Werke, die er gemeinsam mit verschiedenen Gewerkschaftsvertretern besuchte, gewonnen hatte.

„Ich bitte Sie zu glauben, Herr Abgeordneter, daß wir, die paar Freunde und ich, die die deutschen Werke besichtigt haben, erschrocken waren, uns nicht irreführen zu lassen, weder durch eigene Borurteile, noch durch Illusionen, noch durch Angaben, deren Richtigkeit zu prüfen, wir nicht imstande waren. Ich gestehe Ihnen sogar, daß ich im Laufe der langen und sehr interessanten Besichtigung der riesigen Spandauer Werke, ich stark empfunden habe, daß meine technische Inkompetenz mich wahrscheinlich hinderte, sowohl die Tragweite der Zerstörungen von Maschinen und Gebäuden, die wir intakt sahen und die, soweit wir es zu beurteilen vermochten, gegenwärtig ausschließlich der Fabrikation von Friedensprodukten, landwirtschaftlichen Maschinen, Betten usw. gewidmet sind.“

Es wird sicherlich nicht im Laufe von Besuchen sein, die Sie den verschiedenen Fabriken in Spandau, München, Hanau, Erfurt machen, daß Nicht-Techniker Geheimnisse entdecken könnten, wenn es solche gibt.

Aus diesem Grunde habe ich, in dieser Beziehung, diesem Besuch keine allzu große Wichtigkeit beigemessen, obwohl er mir erlaubt, festzustellen, daß in den Spandauer Werken Hunderte von Kriegsmaschinen zerstört — ich habe ihren Kirchhof gesehen — und Gebäude vom Boden wegtrüffert worden sind.“

Nach diesen Bemerkungen geht Genosse Grumbach zu der Hauptfrage über, die jetzt von den französischen Nationalisten in den Vordergrund gerückt worden ist: ob und in welchem Maße die deutsche Arbeiterklasse als Garant des Friedensvertrages, als Gegner des deutschen Militarismus anzusprechen ist. Grumbach schreibt darüber:

„Was ich als wichtig bei diesem Besuch erachtete, war die uns gegebene Möglichkeit, uns mit den Arbeitern, mit den Betriebsräten zu unterhalten. Deren Geisteszustand hat sich in folgenden Sätzen ausgedrückt, die ich oft hörte und die in einem Ton ausgesprochen wurden, der jeden Zweifel an ihrer Ehrlichkeit ausschloß:

„Wir haben selbst allzu sehr unter der Rüstungspolitik des alten Deutschlands gelitten, um die vollständige Entwaflnung etwas nicht zu wollen, und zwar aus vollster Vernunft und vollstem Herzen. Wir wollen in dieser Hinsicht alles, was wir können. Die großen Maschinen, die zur Kriegsproduktion dienen, wir haben sie zerstört, nicht nur, weil der Versailler Vertrag uns dazu zwingt, sondern weil wir ihre Zerstörung als selbstverständliches, als in unserem eigenen Interesse notwendig erachteten.“

Ich glaube, Herr Abgeordneter, behaupten zu dürfen, ohne ein Demütis fürchten zu müssen, daß die Regierungen der Entente im Besitze von Beweisen sind, die zeigen, daß diese Sprache der wirklichen Aktion der deutschen Arbeiterklasse entspricht.“

Sie haben, nachdem Sie von der Heidenauer Affäre gesprochen hatten, an die sozialistischen Abgeordneten die Frage gerichtet:

„Sagen Sie mir doch, wa ist Eure Garantie für die Entwaffnung Deutschlands?“

Ich erlaube mir, Ihnen zu antworten:
„Nicht in der Zerstörung von Maschinen und Gebäuden. Die Zerstörungen können in gewissen Fällen gerechtfertigt sein, aber sie würden niemals genügen, um jede Gefahr auszuschließen. Die wahre Garantie kann nur eine moralische Garantie sein: die endgültige Ausschaltung der Monarchisten, der Pangermanisten, von allem Einfluß — die Konsolidierung einer demokratischen deutschen Republik, deren Basis durch die Kraft und den Friedenwillen der organisierten Arbeiterklasse gebildet würde. Die wahre, ja, die einzige unmittelbare wirksame Garantie wäre jene, die das deutsche Proletariat — dessen verschiedene gewerkschaftliche Organisationen heute etwa zwölf Millionen disziplinierter Mitglieder umfassen — der ganzen Welt und dem republikanischen Deutschland geben wird, indem es seine ganze Macht, alle Mittel seiner Organisationen den Manövern der Monarchisten, den Plänen der geheimen Militärorganisationen entgegensetzt und indem es die Kontrolle der ganzen Fabrikation selber in die Hand nimmt.“

Gestatten Sie mir, Herr Abgeordneter, daß ich Ihnen folgendes sage: Selbst, wenn all die von Ihnen aufgezählten Tatsachen der Wirklichkeit entsprächen — bei einem Teil ist es bestimmt der Fall —, so würden Sie einen Irrtum begehen, wenn Sie die deutsche Arbeiterklasse mit denjenigen verwechselten, die für die von Ihnen erwähnten Dinge verantwortlich sind.

Die verabsäumte Haltung der Arbeiter der Kautschuk-Fabriken in Heidenau, die sich der Durchbrechung der Mauer, hinter der sich die verbotenen Waffen befanden, anfangs widersetzen, erlaubt nicht, die ganze deutsche Arbeiterklasse als solidarisch mit denjenigen hinzustellen, die versuchen, die Monarchie wieder herzustellen und durch geheime Rüstungen eine Revanche vorzubereiten.

Denn es ist gegenwärtig eine sehr starke Strömung innerhalb der deutschen Gewerkschaften vorhanden — ich habe es festgestellt können — zugunsten einer direkten Intervention der Arbeiterorganisationen in der Entwaffnungsfrage. Die Zwischenfälle in den deutschen Werken, die in Heidenau gemachten Entdeckungen haben im Schoß des deutschen Proletariats eine tiefgehende Aufregung hervorgerufen. Die — so verständlichen — Proteste, die man gegen die Zerstörung gewisser Maschinen der deutschen Werke erhebt, von denen die Arbeiter überzeugt sind, daß sie der Fabrikation von Kriegsmaterial nicht mehr zu dienen vermöchten, verhindern die deutschen Arbeiter und ihre Führer nicht, zu erkennen, daß ein Zwischenfall, wie der von Heidenau, die Anstrengungen zugunsten der moralischen Entwaffnung, die die Vorbereitung der materiellen Entwaffnung ist, kompromittieren.

Grumbach knüpft an die durchaus zutreffenden Ausführungen eines Hinweises auf den Beschluß des Reichsbetriebsrätekongresses der Metallindustrie in Leipzig, der den Betriebsräten zur Pflicht macht, aufs schärfste darüber zu wachen, daß keinerlei Gegenstände produziert werden, die für den Kriegsbedarf in Betracht kommen. Dieser Beschluß spiegelt die wirkliche Gesinnung der deutschen Arbeiterklasse wieder; er und nicht die bedauerliche Haltung der Arbeiter in Heidenau ist bezeichnend für die Stellung des deutschen Proletariats gegenüber dem Militarismus. Mit Recht konnte Genosse Grumbach diese machtvolle Kundgebung des Betriebsrätekongresses als wichtigstes Argument gegen die französischen Nationalisten anführen, die durch Herabsetzung und Verunglimpfung der deutschen Arbeiterklasse die — trotz allem — sich vollziehende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu hintertreiben suchen.

Für die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Vorgang eine besondere Mahnung sein, jene Erscheinungen in ihren Reihen zu unterdrücken, die den Nationalisten des Auslandes Anlaß geben können, an der Festigkeit des deutschen Proletariats im Kampfe gegen Militarismus und Nationalismus zu zweifeln. Mit verdoppelter Energie muß jetzt daran gearbeitet werden, den Beschluß des Leipziger Betriebsrätekongresses in die Wirklichkeit umzusetzen. Denn nur dann, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht nur in Worten, sondern in allen ihren Taten den Kampf gegen die geheimen Mächte der deutschen Militaristen führt, können unsere Genossen im Ausland, insbesondere in Frankreich, alle ihre Kraft darauf konzentrieren, die nationalistischen und militaristischen Treibereien gegen Deutschland zu bekämpfen.

Tartarin in der Wilhelmstraße

Das Auswärtige Amt verbreitet Hefchriften

Die Pressestelle des Auswärtigen Amtes, die gleichzeitig für die gesamte Reichsregierung tätig ist, hat den Zeitungen ein Buch überreicht, das in einem deutschen Verlage unter dem Titel „Tartarin am Rhein“ von Allemand Dauvet erschienen ist. Ein einziger Blick in dieses Machwerk genügt, um es als eine beschämende Sudelei zu erkennen, die den Titel eines berühmten französischen Romans durch eine obdunkelte Heze entehrt. Die französischen Soldaten werden als Feiglinge, Schieber und Schweine geschildert, die sich nicht zu waschen pflegen, die französischen Frauen als schmutzig und kleinlich, kurzum, es ist eine Zusammenstellung der elendsten Verleumdungen aus dem Kriege, deren sich größtenteils die Verfasser heute schämen.

Der Verfasser des „Tartarin am Rhein“ schämt sich unter dem Schutze seines Pseudonyms allerdings nicht. Nun, das

ist seine Sache. Aber daß die Pressestelle des Auswärtigen Amtes sich mit einem derartigen Machwerk identifiziert, ist ein unerhörter Skandal. Das gut ausgestattete Buch kostet bei den heutigen Preisen eine Menge Geld, und wir sind sehr begierig zu wissen, ob die verteilten Exemplare der Pressestelle kostenlos zur Verfügung gestellt sind, oder ob die Schmiererei gar mit amtlicher Unterstützung hergestellt worden ist. Einen besonderen Reiz erhält das Buch noch durch seine Verlagsanzeigen, unter denen sich eine Satire auf den Reichspräsidenten befindet.

Jeder Satz aus diesem Machwerk ist ein Argument für jene Franzosen, die in der deutschen Republik nur die faiserliche Verfassung, die alldeswegen Ueberheblichkeit und die Vorbereitungen zur Revanche sehen. Dr. Witt hat bisher eine Politik geführt, um derartige Auffassungen zu entkräften, und die Welt davon zu überzeugen, daß das andere Deutschland, daß vor allem die deutschen Arbeiter von ehrlichen Friedenswillen erfüllt sind und nichts anderes erstreben, als eine moralische Gleichberechtigung im Kreise der Nationen. Die Pressestelle durchkreuzt diese Politik auf eine frevelhafte Weise, wenn sie sich zum Sprachrohr schmutziger und verleumderischer Tendenzen macht.

Ohne Zweifel wird diese Affäre durch die Ententepresse aufgegriffen werden, und man wird daraus von neuem den „bösen Willen“ und die „Unverbesserlichkeit Deutschlands“ feststellen in einem Augenblick, in dem wir wahrhaftig eine Atmosphäre der Vernunft und der gegenseitigen Achtung brauchen. Die Einsichtigen in den Ländern der Entente werden wissen, daß der „Tartarin am Rhein“ keine Kundgebung der deutschen Volksmehrheit ist, sondern nur einer jener Giftgasangriffe, mit deren Hilfe eine Minderheit die dünne Luft des Friedens zu verpesten wünscht. Politische Bedeutung hat diese unerquickliche Angelegenheit nur dadurch erlangt, daß die Pressestelle des Auswärtigen Amtes sich zur Handlangerin dieser Treibereien herabgewürdigt hat. Für den Verantwortlichen, der die Verteilung der deutschnationalen Prachsexemplare angeordnet hat, darf es keinen Platz mehr an einer so wichtigen Stelle der Reichspolitik geben.

Die Kommunisten lehnen eine internationale Konferenz ab

Wie wir gestern berichteten, hat das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in seiner letzten Sitzung in Frankfurt beschlossen, eine allgemeine Konferenz der proletarischen Parteien jener Länder einzuberufen, die durch die Friedenspolitik von Versailles und St. Germain betroffen sind. In Frage kommen vor allem die proletarischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Deutschlands, Deutsch-Osterreichs, der Tschechoslowakei, Hollands und der Schweiz. Hauptgegenstand der Beratung dieser Konferenz soll die ökonomische Lage Europas unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Reparation sein, um im Anschluß an diese wichtige Frage der europäischen Politik eine große internationale Aktion des Proletariats einzuleiten.

Zu diesem Beschluß des Bureaus der I.A.G.P. schreibt die „Rote Fahne“:

„Infolge der Illegalität der kommunistischen Parteien ist es uns nicht möglich, auf Konferenzen des näheren einzugehen, die von den kommunistischen Internationalen abgegrenzten Parteien geplant werden, um ein folgendes Auftreten des Proletariats gegen die Anschläge des Weltkapitals sicherzustellen.“

Wir würden der Aktion der Internationale Zweieinhalb den besten Erfolg wünschen. Doch die innere Politik, die jede von den Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien betreibt, läßt deutlich voraussehen, daß auch diesmal diese Parteien sich durch keine internationalen Beschlüsse binden lassen werden und daß die Konferenz nicht den Auftakt zu einer internationalen Aktion, sondern höchstens einige Resolutionen zeitigen wird.“

Diese Antwort des Zentralorgans der K. P. D. bedeutet eine schroffe Ablehnung. Mit wüthigen Ausreden über die „Illegalität“ der kommunistischen Parteien und mit bössartigen

Angriffen auf die übrigen proletarischen Parteien wird auch diesmal von den Kommunisten der Versuch durchkreuzt, alle proletarischen Parteien in einer einheitlichen Aktion gegen den Weltkapitalismus zusammenzufassen. Dieses Ergebnis war zu erwarten. Die Kommunisten führen zwar das Wort von der Einheitsfront des Proletariats im Grunde; wo es sich aber um Taten handelt, da erweisen sie sich, getreu den Moskauer Weisungen, als die schlimmsten Störenfriede und Saboteure der proletarischen Einheitsfront.

Schon wieder der Achtfundentag

In Frankreich tobt gegenwärtig ein heftiger Kampf gegen den Achtfundentag. In der bürgerlichen Presse des Landes werden die schärfsten Behauptungen über die schädlichen Wirkungen des Achtfundentages aufgestellt, die wie ein Ei dem anderen den Angriffen der deutschen Schatzmacher gegen den Achtfundentag gleichen. Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz erwähnt diesen Feldzug und knüpft daran folgende Bemerkung:

„Wenn bei uns auch Stimmen laut werden, die wenigstens einer zeitweiligen Aufhebung des Achtfundentages günstig sind, so müssen wir grundsätzlich an dem Achtfundentag festhalten wegen seiner sozialen Bedeutung. Aber es kann doch Zeitumstände geben, wo das Allgemeinwohl es erfordert, daß der Achtfundentag suspendiert werde. Ob vielleicht nicht auch für uns ein solcher Zeitpunkt gekommen ist?“

Wir sind gar nicht der Meinung, daß ein solcher Zeitpunkt gekommen ist, weder für uns, noch für Frankreich. Mit solchen vorsichtigen Bemerkungen, die man mit Komplimenten für das Prinzip des Achtfundentages mischt, fängt man an, Stimmung gegen den Achtfundentag überhaupt zu machen. Es ist doch auch in Deutschland ganz offenkundig, daß die organisierten Unternehmer ihren Kampf gegen die verkürzte gesetzliche Arbeitszeit nicht aufzugeben haben. Ihr Ziel ist aber nicht die zeitweilige Suspendierung des Achtfundentages, wovon die Zentrums-Korrespondenz redet, sondern seine Beseitigung auf immerwiedersehen. Und weil das so gewiß ist, ist es völlig ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse in bezug auf die gesetzliche Arbeitszeit auch nur das kleinste Entgegenkommen zeigen kann. Dem Satan, der die ganze Hand will, reicht man nicht den kleinen Finger.

Kleine Nachrichten

Streik in der Augsburgener Textilindustrie. In der Augsburgener Textilindustrie sind Teilstreiks ausgebrochen. Die Arbeitgeberverbände kündigten die fristlose Entlassung der Streikenden an, die bis spätestens Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Die Bodensozialisierung in Italien. Die Kammer hat mit 228 gegen 40 Stimmen beschlossen, einen Gesetzentwurf über die Bodensozialisierung, der von den Sozialisten eingebracht worden war, zur Beratung zu stellen. Gegen den Beschluß stimmten nur die Faschisten, die Nationalisten und die Liberalen. — Der Gesetzentwurf der Sozialisten sieht vor, daß in jeder Provinz eine landwirtschaftliche Genossenschaft gegründet werden soll, welche gegen eine Entschädigung, die großen Privateigentümern und die einzelnen Genossenschaften in Pacht genommenen Güter zur Bebauung übernehmen soll. Kleine Güter sollen von der Uebernahme durch die zu gründenden Genossenschaften ausgeschlossen bleiben.

Leuerung und erspönte Kaufkraft in Wien. Der österreichische Nationalrat beschloß kürzlich mit einer ganzen Reihe von Steuererlässen, ferner mit dem Abbau der staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmittelpreisen. Hierbei ist z. B. in Aussicht genommen, daß vom 15. Januar ab der Laib Brot 150 Kronen, vom Rat ab 300 Kronen kosten soll; für Mehl soll bereits vom 15. Januar ab der volle Festsetzungspreis entrichtet werden, wobei die bisherige Differenz von den Arbeitgebern zu zahlen wäre. — Den Wiener Geschäftsleuten hat der sogenannte Goldene Sonntag eine schwere Enttäuschung gebracht. Infolge der erschöpften Kaufkraft war dieser Geschäftstag der schlechteste einer Art, dessen man sich in Wien erinnern kann.

Englische Arbeitslose für den Wiederaufbau. Daily Express meldet, Briand soll vorgeschlagen haben, 50 000 arbeitslose Engländer an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs mitarbeiten zu lassen.

Der Film am Dienstag

Filmschau

Wenn sonst der Reich in seiner Qual verstummt, gab „Kean“ von Dumas der verstorbenen Seele Kasimir Edschmid zu sagen, daß sie nicht deutsch kann. Denn was Edschmid in seine Bearbeitung des „Kean“ an Eigenem hineingelassen hat, ist — außer der Entdeckung von Boxerqualitäten im Schauspielereid — vor allem die Enthüllung, daß „wegen“ den Datto, und Edschmid wegen eben „diesem“ Talent die deutschen Bühnen registriert. Aber nicht nur aufs Theater wirkt unser Bahndreher anregend! Seine Erfolge haben den Filmdramaturgen die Existenz dieses kräftigen Theaterspiels von Dumas zu Bewußtsein gebracht, und schon haben wir im Taubenthorpolst Gelegenheit, uns beim Film „Kean“ zu langweilen. Er ist von Thomas Hall bearbeitet, selbstverständlich nach Dumas, nicht nach Edschmid, da ja dessen Deutsch nur auf erloschener Bühnen und sogar von Darstellern wie Bassermann gesprochen werden kann, für die Leinwand aber nicht in Betracht kommt. Das ist auch der einzige Vorzug dieser Filmbearbeitung. Von der blendenden Virtuosität des Franzosen ist hier nichts zu spüren, nicht einmal die Wirkungen, die in der Paraderolle des vergötterten Schauspielers Kean enthalten sind, sind ins Filmische übertragen worden, und Heinrich George weiß nicht recht, was er mit dieser Gestalt anfangen und wie er ihre hintergehenden Eigenschaften glaubhaft machen soll. Was sonst um diese Gestalt herum sich bewegt, liefert die Stofflage zu nichtssagenhaften „Gesellschaftshenen“, die bisomal in englischen Modestücken spielen, doch das muß dem Zuschauer erst gesagt werden, denn die Plote des Abends ist so international, daß man da wohl schwerlich auf bestimmte Staatszugehörigkeit schließen kann. Rudolf Wiebrachs Regie ist gutbürgerlich und bieder, was das schon durchs Manuskript vermaßerte Thema noch wässriger erscheinen läßt.

Der neue Schwedenfilm „Zuhrmann des Todes“ (im Mozartsaal), nach einer Novelle der Selma Lagerlöf, ist schwächer als sein hier besprochener Vorgänger „Herrn Arnes Schanz“, obwohl oder gerade weil die Filmtruppe es bestreitet. Ein Mann verfällt dem Trunk und richtet dadurch sich und seine Familie zugrunde. In einer Silvesternacht wird er von zwei Sozialtanplanen detari zerschlagen, daß er in Ohnmacht fällt und in diesem Zustande seltsame Fiebersymptome ausstrahlt: Er träumt von einem Totenritzen, der die abgehenden Seelen fortzuführen hat und sich selbst als Fuhrmann. Dieser Beruf führt ihn auch in sein eigenes Heim, wie sein Weib gerade dabei ist, in ihrer Verzweiflung die Kinder und sich selbst zu töten. Bei diesem Anblick schreit er auf und erwacht aus der Ohnmacht. Er läuft nach Hause, kommt hier noch rechtzeitig an, um das Unglück zu verhindern, und das Stück schließt mit der tröstlichen Versicherung, der Sünder werde sich bessern. Wären nicht die wunderbaren Tricks und Annahmen des wie ein Schatten über Meereswegen, über Berge durch rauern hindurch dahinschwebenden Totenwagens man könnte den Schmarren nicht verdauen. Und schon gar übel wird einem bei dem von Hofen getragenen, nicht aber aus dem

Empfinden geschöpften Gottvertrauen der Filmgestalten und bei den Heßen Bräutungen, mit denen man uns vor Abkehr vom rechten Weg warni und auf die heilsame Wirkung des Gebets verweist. Auf wen all das wie klebriges Öl wirkt, der amüsiert sich dafür bei den aus dem Schwedischen ins Deutsche übertragenen Zwischentexten. Man begreift endlich, wozu die Decla-Bioskop, die diesen Film verteilt, also auch für die Uebersetzung der Texte verantwortlich ist, so viele „Preseheer“, oder wie sie sonst heißen, beschäftigt. So spricht z. a. die Frau zu ihrem Saufbold von Mann folgende Worte: „Wenn du nicht das Herz hast, deine Kinder vor Anstreuung zu bewahren.“ Hat die Decla-Bioskop nicht das Herz, solche Preseheer fortzuführen, oder hat sie das Herz, sie nicht fortzuführen? Dasio Koffler.

Im „Marmorhaus“ fand die felerliche Uraufführung eines Films statt, in dem Werner Krauß die Hauptrolle spielt. „Zirkus des Lebens“, ein Drama von Hans Janowitz und Franz Schulz. Einer jener Filme, die, wie so viele, klipp und klar beweisen, daß das Kino mit Literatur genau so wenig zu tun hat wie mit dem Theater. Man merkt fast jeder Szene an, daß sie nicht, wie es der Film verlangt, dem Leben abgequält, aus dem Leben geraben und geflossen, sondern am Schreibtisch ausgedacht ist. Diese Geschichte von dem Kleinstadtschloß, der sich in ein Aktuumädels verliebt, einen Mord vorantäuscht, Namen und Maste eines totesagten Zirkusdirektors annimmt, um ihr zu folgen, sie (ausgerechnet!) während der Vorstellung im Zirkuslokal zu entführen versucht und sich, als alles scheitert, dem Untersuchungsrichter stellt — diese Geschichte ist Literatur und wirkt im Film gekünstelt, unwahr und langweilig; alle Vermutungen an den Haaren herbeigezogen. Es ist schade, daß sonst ganz begabte junge Literaten anfangen, für den Film zu arbeiten, ohne sein Wesen im geringsten begriffen zu haben.

Werner Krauß ist immer interessant, auch wenn er, wie in diesem Fall, eine innerlich leere und unwahre Rolle durch Neugierlichkeiten und Uebertreibungen auszufüllen versucht. Es wäre allerdings wünschenswert, daß dieser beste deutsche Filmschauspieler endlich mal Rollen bekomme, die seiner würdig sind, die seine ganze Kraft beanspruchen und für Mädchen keinen Platz lassen. Was er dann leisten könnte, zeigt er in einer kurzen Episode dieses Films, in der er (als Doppelrolle) einen etwas vertrottelten Tanzmeister mimt. Ganz ausgezeichnet! Die einzige nicht tote, wirklich mit Leben ausgefüllte Stelle dieses Films. Die einzige Stelle, in der auch die Regie (Johannes Suter) sich von einer guten Seite zeigt.

Die Filmbörse im Kolosseum

Wir haben bereits an anderer Stelle von der Schließung der wilden Filmbörse im Kolosseum berichtet. Man muß diese Mahnung durchaus ernstlich finden und nur bedauern, daß sie so spät erfolgt ist. Die wilde Filmbörse war eine Vereinnahmung von Außenstehern, die die gewerkschaftliche Filmbörse, die auf paritätischer Grundlage ruht, sabotierte, um auf Kosten ihrer Kollegen eigene Vorteile zu erlangen. Die gewerkschaftliche Filmbörse ist ein öffentlicher Arbeitsnachweis, der wenigstens einen kleinen Schutz gegen das fürchterliche Elend der Filmstatisten

bildet. Es ist daher auf das schärfste zu verurteilen, wenn sich gewissenlose Spionisten außerhalb dieser Einrichtung stellen. Die Arbeitgeber, die ja mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligt sind, behaupten gleichfalls, würde Börsen zu verurteilen. Aber man muß doch sagen, daß ihre Existenz nur dadurch möglich ist, daß gewisse Hilfsregisseure sie aufsuchen, um besondere Freunde zu bevorzugen und ihnen kleine Rollen zuzuschlagen. Es waren in der Hauptsache sogenannte Edelkomparsen, die sich dort Stellbühnen gaben, also Leute, die einen Preis bezögen und kraft dessen sich für künstlich befähigt halten, nicht nur gewöhnliches Volk, sondern auch elegantes Publikum darzustellen. Hoffentlich werden diese unkollegialen Schlinglinge nicht bald eine neue Stätte für ihr antisoziales Wirken finden.

Neues vom Film

Die Wiener-Gesellschaft verfilmt den „Diebels“. Emil Jannings spielt ihn. Ist es nicht ein Jammer, daß dieser Schauspieler, der Wähe ganz den Reizen leidet und sich dem Film auch für eine Rolle verschließt, die er wie wohl keiner unter den Lebenden zu einer Offenbarung des Theaters machen könnte?

Die Direktion der Henschel-Film-Gesellschaft m. b. H. hat dem Oberbürgermeister 50 000 M. als Entschädigung der Wohlthätigkeits-Vereinigung des Films „Hinterstrasse“ an die H. F. für eine Weihnachtsgeschenk an arme Kinder überlassen.

Eine ausländische Gesellschaft verfilmt das ganze Eile Totenkopf! Der Film wird in 22 Teile — nach den Kapiteln, die als Entschädigung auf die 22 Wochen des Jahres verteilt sind — enthalten. Die ersten vier Teile, also die Schöpfung der Welt nach Job, sind in Kollisions bereits fertig.

Werner Schendell: „Marzella“ (Tribüne). Das Stück eines jungen, sehr begabten Dichters, der bereits mit einem politischen Stück debütierte. Ein Mädchen der Gesellschaft, das von einem feindsinnigen Künstler, der sie halb verlassen und halb ihr anhängt, ein Kind erwartet, läßt sich dieses in einer obskuren Anstalt abtreiben und geht daran zugrunde. Ein guter Dramatiker fügt hier Akt an Akt und treibt keine Handlung vorwärts, bis die Heldin unvorsichtigerweise das Kind ihrer Nebenbuhlerin überläßt, wodurch aus dem Schauspiel, in welchem bis zum dritten Akt die Charaktere vorzüglich entwickelt werden, eine Erzählung wird, die nicht mehr innerlich zu spannen vermag. Aber vieles ist aus Schönen erlaucht und gedichtet und läßt manches von dem Dichter erhoffen. Die Regie Heinz Goldberg's war gut. Er verstand und versteht es, sich Jessners Stil im Engen zunutze zu machen und schafft billig und künstlerisch eindringliche Bilder. Die begabte Hermine Stetler als Marzella wirkt vornehm aber farblos. In der Rolle Stegen eine Menge Momente, die noch ganz anders ausgeschöpft werden könnten. Conrad Feldt spielt den Vater mit den vielen Geliebten — etwas zu ästhetisch. Das Stück verdient durchaus, in den Abendplan aufgenommen zu werden.

Arno Nadel

Siegfried Trebitsch: „Franz Gittas Sühne.“ (Trianon-Theater)

Ein herzanker Professor stirbt bei einem Stellscheln in den Armen seiner Geliebten, der Gattin seines Kollegen und Freundes. Das ist der erste Akt und gemissemmaßen das Vorbild. Nun beginnt das eigentliche Schauspiel. Am nämlich vor dem bösen, unruhigen Gewissen zu bestehen, schreibt in Todesahnung der

Eine Frage an den Oberreichsanwalt

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ beschäftigt sich ein Artikel mit dem Jagom-Prozess in Leipzig. Es wird darauf hingewiesen, daß den Angeklagten breite Hinterrücken geöffnet sind, durch die sie allem Anschein nach strafflos entfliehen können. Sobald sich das Gericht auf den Standpunkt stellt, daß nicht Hochverrat, sondern ein milderes Vergehen vorliegt, so z. B. Beihilfe oder Anmaßung eines öffentlichen Amtes, fallen die Angeklagten entweder unter die Amnestie oder sie bekommen im günstigsten Fall ein paar hundert Mark Geldstrafe.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ erinnert nun daran, daß bei den anderen Hochverrätern, den sogenannten Linksputschisten, in der Regel neben Hochverrat noch andere gefährliche Bestimmungen angehängt wurden, aber nicht mildere, sondern schärfere. Die Teilnehmer an der kommunistischen Aktion in Mitteldeutschland wurden beispielsweise in der Regel auch angeklagt des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Dabei war nicht etwa entscheidend, daß sie Dynamit einwandig und damit Sprengungen vorgenommen haben. Vielmehr genügte es, wenn sich die Angeklagten einem Haufen angegeschlossen hatten, von dem einige Mitglieder Handgranaten zur Schau trugen. Sobald die Ausnahmegerichte diesen Tatbestand festgestellt hatten, wurde jeder Mitläufer, der die Handgranaten gesehen hatte, wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz mit Zuchthaus bestraft. Das Gericht stellte sich ganz einfach auf den Standpunkt, daß auch ein bloßer Mitläufer wissen mußte, daß mit Handgranaten Sprengungen verübt werden konnten, und das genügte zur Verhängung von unerhörten Zuchthausstrafen.

Damit vergleiche man einmal, so schreibt die „S. A.“, das Bild, das der 13. März 1920 bot. Die modernen Vorkämpfer, von Rudendorff, Jagom und Genossen früh um 8 Uhr am Brandenburger Tor feierlich empfangen, waren mit Handgranaten geradezu besetzt. Neben dem „Holenkreuz am Stahlhelm“, wie es in den Vorkämpfer-Bildern heißt, war die Handgranate für die nächste Woche das Sinnbild des Berliner Straßenlebens geworden. Jagom, Wangenheim und Schiele wollen nichts von den hochverräterischen Plänen Kappps gewußt haben; sie wollen lediglich als Gehilfen untergeordnete Dienste geleistet haben, ohne zu fragen, weshalb und wofür. Aber unmöglich kann einem dieser drei Herren am Brandenburger Tor oder in der Reichslanzlei entgangen sein, daß die Ehrhardt-Deute Handgranaten mit sich führten und entschlossen waren, sie zu gebrauchen. Da dies nicht im Auftrage der rechtmäßigen Regierung geschah, ist damit der Tatbestand des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz ohne weiteres gegeben. Gleichwohl ist uns bisher nicht bekannt geworden, daß die Angeklagten in Leipzig darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß sie wie die Linksputschisten auch auf Grund der hier einschlägigen Paragraphen verurteilt werden könnten.

Und so entsteht die Frage an den Herrn Reichsanwalt: Ist Ihnen während der anderthalb Jahre Vorbereitungen auf den Jagom-Prozess niemals der Gedanke gekommen, daß Sprengstoffverbrechen in Frage kämen? Und wenn ja, warum ist die Anklage nicht darauf ausgebeutet worden?

Die Jagd nach dem Posten

Der frühere preußische Finanzminister Herr Dr. Arthur Südekum ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, von der preussischen Regierung zum Staatskommissar für das Großhamburger Gebiet ernannt worden. Er hat die Aufgabe, das Verlangen der Stadt Hamburg nach preussischen Gebietsteilen zu durchsetzen und den rein paritätischen Standpunkt Preußens bei den Verhandlungen zu vertreten. Herr Dr. Arthur Südekum ist dieser wichtigen Aufgabe ohne Zweifel gewachsen, denn er hat von je den Standpunkt vertreten, daß Preußen seinen Zoll seines Bodens abtreten dürfe. So hat er z. B. als nach dem Kapp-Putsch seine Tätigkeit als preussischer Finanzminister erledigt war, sich um den Posten eines Oberbürgermeisters in Altona bemüht und bei den Verhandlungen mit den hiesigen Instanzen darauf hingewiesen, daß es doch sehr bald zu einer Vereinigung der Städte Hamburg und Altona kommen würde. Für diese wirtschaftlich durchaus notwendige Maßnahme werde er sich selbstverständlich rückhaltlos einsetzen, ja er sei

falsche Freund den Namen des Kollegen unter das eigene Lebenswerk, ein Manuskript — mit Wissen und erzwungenem Willen der Geliebten. Die aber rettet dennoch die „Unsterblichkeit“ des geliebten Mannes, indem sie ihre eigene Ehre preisgibt.

Dies der lose Inhalt. Der Haken ist der, daß der Herr Doktor, der sonst ein ganz geistreicher Mann ist, sich einredet, daß der betrogene Freund werde das fremde Werk vor der Öffentlichkeit als das eigene ausgeben.

Auch dies wäre noch nicht das Schlimmste — wenn nicht Treiblich sein Ehrd in einem fürchterlichen Zeitungsdeutsch geschrieben hätte. Jedes Bild, jedes Gefühl, jeder Atemzug — ein schicktes Rißhee. Im dritten Akt gab es zwischen den beiden Professorenenfrauen eine Szene, die ein wenig ins Dichterische hinüberleuchtet.

Emil Kamelet spielte den von Weib und Freund hintergangenen Professor. Er verstand es nicht, über die Rolle hinweg künstlerische Sympathie für sich zu gewinnen (im Gegensatz zu Hans Marx und Elise Wala). Gitta hingegen, von Lotte Lindner dargestellt, ließ völlig kalt und sprach ihre geschliffenen Salonsätze wie eingelebte.

Der gekielte Kater. (Schloßpark-Theater Steglitz). Ich habe nicht überlegt, daß eine Reise von Reinickendorf nach Steglitz erheblich länger dauert, als etwa vom Anhalter Bahnhof nach Wittenberg. So kam ich um den Genuß des ersten Aktes vom „Kestielten Kater“, einem Märchenstück in vier Akten von E. A. Hermann.

Der Vorstellung hätte ich anderthalbtausend Zuschauer von 8 bis 16 Jahren gewünscht. Der Beifall eines erwachsenen Premierenpublikums will nicht viel besagen. Sicher ist, daß diese Handlung und diese Bühnenbilder für die wenigen anwesenden Kinder ein unerquickliches Erlebnis waren. Jedenfalls hatte der Regisseur Henckels vor, für Kinder zu spielen. Und da er, wie jeder verständige Künstler, der Meinung ist, daß für Kinder das Beste gerade gut genug sei, hat er auch die kleinste Rolle vorzüglich besetzt und mit Farben, Kostümen, Musik und Tänzen nicht gespart, ohne dabei ins Operettenhafte zu geraten. Hoffentlich werden die Vorstellungen bei gleicher Qualität sich auch vor Kinderpublikum ermöglichen lassen.

Tages-Notizen

Kunsthaus Marionetten-Theater. Vom 19. bis 23. Dezember finden die Vorstellungen im Kunstgarten, Kunstgartenstraße 16, 17, 18, statt. Zur Aufführung gelangt das Märchenstück „Der weiße Hase“. Karten 1 Mark für Kinder, 1,50 Mark für Erwachsene im Jugendheim, Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 278, und an der Tageskasse.

Gabriele Javolska, eine bekannte polnische Schriftstellerin, ist in Warschau, 6 Jahre alt, gestorben. Einige ihrer Stücke wie die „Warschauer Hübler“, die „Moral der Frau Dulcila“ sind viel gespielt worden.

Von den Hölle-Bühnen. Zwischen der Direktion des Deutschen Theaters und dem Ballett-Ensemble ist unter dem Titel „Kontakten des Balletts und Deutschen Theaters“ eine Vereinigung zur Pflege des Balletts und des pantomimischen Kunst zustande gekommen, die unter der künstlerischen Leitung von Gustav Gutzkow in den Sommerferien eine Reihe von Vorstellungen geben wird. — Karlheinz Martin hat seinen Vertrag mit den Hölle-Bühnen zu Ende der Spielzeit erfüllt.

Ueber Kunst-Beobachtungen. Einmal Friedrichs ist im Mittwoch, abends 7½ Uhr, einmal im Theater, einmal im Keller, einmal in der Werkstatt. — Die Besetzung der Rollen bei der U. A. W. ist: Die Besetzung der Rollen bei der U. A. W. ist: Die Besetzung der Rollen bei der U. A. W. ist:

Infolge seiner Sachkenntnisse und seiner diplomatischen Begabung wie kaum ein anderer geeignet, die erstrebte Vereinigung durchzuführen. Das war, wie gesagt, die Auffassung Südekums im Frühjahr 1920, als der Posten des Oberbürgermeisters in Altona zu vergeben war. Anderthalb Jahre später, im Herbst 1921, wird Südekum preussischer Staatskommissar, um die Vereinigung Hamburgs und Altonas zu verhindern. Unter Hand — rechter Hand, alles verstanden! Der Wahrheit halber wollen wir noch hinzufügen, daß Herr Dr. Südekum seinen Posten nicht von der jetzigen preussischen Regierung, sondern von der Regierung des Herrn Stegerwald übertragen bekommen hat.

Ist Berlin ungefund?

Interessante Sterblichkeitsziffern aus dem Reich

Die Sterblichkeitsziffer liegt jetzt aus den deutschen Orten bis zu 15 000 Einwohnern herunter vom September vor. Als besonders gesunde Orte mit einer Sterblichkeit von weniger als 5, auf 1000 und aufs Jahr (ohne Ortsfremde) berechnet, erwiesen sich Wilmsdorf mit 4,8, Steglitz 4,9, Tempelhofer 3,7, Oberschönweide 2,9, Mariendorf 2,7. Außerhalb Groß-Berlins wird eine so niedrige Zahl nur aus Gesehmünde mit 3,5 und Kue mit 4,7 berichtet. Die Berliner Vororte zeichnen sich also immer wieder durch ihre geringe Sterblichkeit aus.

Die ungefundesten Orte mit einer Sterblichkeit von mehr als 20 (ohne Ortsfremde) waren gleichzeitig Beuthen mit 29,8, Bismarckhütte 21,3, Zaborze 26,8, Schwientochlowitz 34,6, Bogutsh 39,0, Köhberg 39,8, Siemianowitz 22,3, Wyszowitz 22,3, Lipine 49,7, Mikulshügel 40,8. Am ungefundesten im ganzen Reich ist demnach Oberschlesien.

Die Kohlenverforgung der städtischen Werke

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat auf den telegraphischen Hinweis des Oberbürgermeisters Koch auf die bedrohliche Lage der Kohlenverforgung der städtischen Werke der Reichskohlenkommissar dem Oberbürgermeister die Zusicherung gegeben, daß er sich mit allen Kräften dafür einsetzen werde, die herrschende Kohlenkalamität zu überwinden. In Groß-Berlin sind von den Behörden sämtliche Steinkohlenvorräte beschlagnahmt worden, um die Verforgung der städtischen Werke und der Industrie sicherzustellen. Händler dürfen Steinkohle — wie bereits mitgeteilt — an Privatverbräucher auch nicht auf Kohlenkarten abgeben, es sei denn, daß die städtische Kohlenstelle eine ausdrückliche schriftliche Genehmigung erteilt. Das Tauwetter der letzten Tage hat es glücklicherweise ermöglicht, eine Reihe von Rähnen, die mit Kohlen aus Oberschlesien nach Berlin unterwegs waren, infolge des Frostes aber in den märkischen Wasserstraßen stecken geblieben, nach Berlin zu schleppen und damit die städtischen Werke für den Augenblick vor einer Kohlennot zu bewahren. Bei einem weiteren Anhalten des Tauwetters kann damit gerechnet werden, daß die augenblickliche Kohlennot bei den Elektrizitäts- und Gaswerken überwunden wird.

Ein städtisches Kino in Reinickendorf

Das Volkshochschulamt Reinickendorf eröffnet zu Weihnachten in der Jugendhalle ein Kino, das zunächst zweimal in der Woche Abendvorstellungen für Erwachsene geben soll. Die Auswahl der Filme wird nach künstlerischen Gesichtspunkten erfolgen. In erster Linie aber ist die Einrichtung gedacht als Lehr- und Anschauungsstätte für die Schulen. Im engsten Einvernehmen mit den Lehrkollegien sollen die zur Ergänzung des Schulunterrichts geeigneten Filme ausgewählt und gezeigt werden. Die erste Vorstellung mit dem Titel „Der Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Schneekönig“ wird im Rahmen einer Weihnachtsaufführung der kommunalen Kindergruppe vor sich gehen, die am Dienstag, den 27. d. M., abends 7 Uhr, in der Jugendhalle, Residenzstraße 49, stattfindet. Es wird außer dem Film ein Schattenspiel (Schneewittchen) und eine Theaterdarstellung (König Drosselbart) aufgeführt. Eintritt für Kinder 1 Mark, für Erwachsene 2 Mark.

Die Brotkarten-Ehe

Sehr verwirrte Eheverhältnisse lagen einer Klage wegen Doppelsehe zugrunde, die gestern den Schloßer Albert Stein vor die Strafkammer des Landgerichts III führte. Der hier verheiratete Angeklagte ist während des Krieges im Jahre 1918 in russische Gefangenschaft geraten und ist jahrelang in den verschiedensten russischen Gefangenenlagern interniert gewesen. In den letzten Jahren hatte er von seiner hiesigen Frau nichts mehr gehört. Zu ihrer Ueberzeugung erhielt Stein im Jahre 1920, nachdem er aus der Gefangenschaft entlassen worden war, plötzlich wieder in seiner ehemaligen Wohnung, noch größer war aber die Ueberzeugung, als bald darauf eine Russin erschien, sich als Frau Stein vorstellte und erklärte, daß sie in Ruhestand mit dem Angeklagten die Ehe geschlossen habe. Stein protestierte lebhaft dagegen, die Russin aber versah dabei und berief sich auf eine in ihrem Besitz befindliche Urkunde eines Volksnotars, der die beide „zusammengeschrieben“ habe. Der Angeklagte behauptete, daß dieses „Zusammenschreiben“ lediglich zum Zwecke der Erlangung von Brotkarten nachgelassen worden sei. In der gestrigen Verhandlung kam es zu lebhaften Erörterungen über russische staatsrechtliche Verhältnisse, da es notwendig war, zu prüfen, ob diese Ehe als eine rechtsgültig geschlossene anzusehen sei oder nicht. Von einem über die russischen Verhältnisse vernommenen russischen Dolmetscher wurde bekannt, daß in dem hier in Frage stehenden Jahre 1919 ein solches „Zusammenschreiben“ von Eheleuten durch einen „Volksnotar“ allerdings ausreichte, daß aber im Jahre 1920 ein anderer Modus auf Grund eines doppeldeutigen Dekrets eingeführt worden ist. Das Gericht kam nach sorgfältiger Prüfung zu der Ueberzeugung, daß hier eine rechtsgültig geschlossene Ehe vorliege, und da die Doppelsehe auch im doppeldeutigen Russland verboten ist, der Angeklagte bestraft werden müsse. Unter Zustimmung weitgehender mildernder Umstände verurteilte das Gericht den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis, bewilligte ihm aber eine Bewährungsfrist. Die russische Ehe wird als unzulässig erklärt. — Ein wahrhaft saturnisches Urteil!

Gegen 15 Angeklagte begann gestern vor dem Wuchergericht am Landgericht II eine auf drei Tage berechnete Verhandlung einer Klage wegen Brotkartendiebstahls, gewerbsmäßiger Hehlerei und Vergehens gegen die Reichsgeldverordnungen. Der Hauptangeklagte, Gemeindefürsorgebeamter Erich Philipp, hat bekanntlich in der Gemeinde Mariendorf in den Jahren 1919—1921 zehntausende von Brotkarten sich rechtswidrig angeeignet und sie dann an eine Reihe von Leuten verkauft, die sie ihrerorts in der Artillerie, Münstrotze und Umgebend weiterverkauften. Philipp ist gefänglich. Den Angeklagten stehen zwölf Rechtsanwälte als Verteidiger zur Seite. Es sind 40 Zeugen geladen.

Petroleum oder Elektrizität? Bei dem jetzigen Preise für ein Liter Petroleum von etwa 9 Mark stellen sich die Brennkosten für die Stunde bei einer guten Petroleumarbeitslampe von ungefähr 25 Normalkerzen auf rund 90 Pf.; demgegenüber beträgt die Ausgabe für den elektrischen Strom einer Metallradlampe von

25 Normalkerzen nur 12 Pf. in der Stunde. Demnach ist das elektrische Licht zur Zeit wiederum so billig als Petroleumlicht.

Der Kursus für die Funktionäre der Arbeiterjugend des Genossen Seger findet Mittwoch abend, pünktlich 7¼ Uhr, in der Arbeiterbildungsschule statt.

Zeugen gesucht! Personen, die sahen, wie einem Passagier der Ringbahn zwischen Wilmsdorf-Friedenau und Schönberg am Sonnabend gegen 10 Uhr nachmittags durch Zuschlagen der Kuppel für die Finger gequetscht wurden, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten an Max Dohner, Charlottenburg, Reichsstraße 3.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Mild und teilweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe, mit wiederholten Regenfällen und lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Bütererichte

Zu welchen Mitteln mancher Unternehmer heute — 3 Jahre nach der Revolution — greift, um aus seinem Betriebe die Organisation fernzuhalten, beweist folgender Vorfall.

Bei dem Schlossermeister Conrad Schulz, Straußberg, Große Straße, erschien ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, um für die dort beschäftigten Bauhilfster die Tariffrage zu vereinbaren. Zahlte doch Herr Schulz seinen Schlossern noch Stundenlohn von 3,50 bis 7 Mark, wohingegen der Tariflohn 10,00 Mark pro Stunde beträgt. Gleich zu Beginn der Verhandlung jammerte Herr Schulz, daß sich jetzt der Verband in keine Angelegenheiten mische, wo er doch bisher mit seinen Arbeitern so gut ausgekommen sei. Nach langem Verhandeln erklärte er sich dann bereit, ganze 30 Pfennig pro Stunde zuzulegen. Als der Verbandsvertreter hiermit nicht zufrieden war, führte einer der Söhne des Herrn Schulz in das Zimmer mit den Worten: „Ich schlage dem Hund den Schädel ein, wenn er nicht sofort verschwindet.“ Er machte diese Worte nicht ohne die Tat folgen zu lassen. Nur durch das Dazwischentreiten eines anderen Herrn gelang es, den Verbandsvertreter vor Tätlichkeiten zu schützen. Auch ein anderer Sprößling des Herrn Schulz versuchte durch fleißige Bemerkungen in die Verhandlung einzugreifen.

In den dort beschäftigten Arbeitern wird es liegen, Herrn Schulz zu überzeugen, daß er keine Arbeiter heulte nicht mehr als Rechte betrachten darf, sondern daß sie gewillt sind, sich mit Hilfe der Organisation ein menschenwürdigeres Dasein zu schaffen.

Die Angestellten

der Arbeitsnachweise zum Arbeitsnachweisgesetzentwurf

Der Reichsausschuh der Angestellten der Arbeitsnachweise, Erwerbslosenfürsorge, Berufsberatungs- und Lehrlingsvermittlungstellen im Zentralverband der Angestellten hat auf seiner letzten Tagung sich auch mit dem Entwurf des Arbeitsnachweis-Gesetzes beschäftigt. Nach eingehender Aussprache kam folgende Entschliessung zur Annahme:

„Der am 13. Dezember 1921 in Berlin versammelte Reichsausschuh der Angestellten der Arbeitsnachweise, Erwerbslosenfürsorge, Berufsberatungs- und Lehrlingsvermittlungstellen im Zentralverband der Angestellten fordert, daß der Gedanke der Selbstverwaltung in dem zu schaffenden Arbeitsnachweis-Gesetz weitestgehend verwirklicht wird. Er tritt dafür ein, daß die Angestellten von den zu bildenden Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise als Angestellte auf Dienstvertrag eingestellt werden. Das Gesetz muß Bestimmungen enthalten, welche die wirtschaftliche Existenz der Angestellten sicherstellen und irgendwelche Maßregelungen unmöglich machen.“

Weiter stellte er fest, daß die Interessengruppe der Angestellten der Arbeitsnachweise, Erwerbslosenfürsorge, Berufsberatungs- und Lehrlingsvermittlungstellen nur in einem als Angestelltenorganisation umfassenen Verband, wie es der Zentralverband der Angestellten ist, möglich sei. Der Verband wird als ungenügende Grundlage für die Organisation dieser Angestelltenorganisation angesehen, um so mehr, als im Zentralverband der Angestellten durch die Fachgruppengliederung alle Einrichtungen zur wirklichen Interessengruppenvertretung auch dieser Angestelltenorganisation vorhanden sind.

Ein besonders sozialdentender Arbeitgeber

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband sendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Ausführungen: Der Inhaber der Papiergroßhandlung, Frick Voigt u. Co., Berlin, Alte Jakobstraße 108, zahlt seinen Arbeitnehmern einen Wochenlohn von 20 Mark, außerdem eine Wirtschaftshilfe von 20 Mark, die aber nur gemährt wird, wenn die außerordentliche Teuerung anhält.

Dah mit diesem Lohn ein Auskommen unmöglich ist, kann sich jeder einsichtige Mensch vorstellen, beträgt doch der tarifliche Durchschnittswochenlohn in dieser Branche 440 Mark. Als die obige zuständige Organisation mit der Firma verhandeln wollte, wurde jede Verhandlung von dem Arbeitgeber abgelehnt.

Es ist daher nötig, daß das Vorgehen dieser Firma in weiteren Kreisen bekannt wird. Wir erwarten, daß jeder Arbeiter den Betrieb meiden.

Buchhandlungsgesellen. Die am 16. Dezember 1921 in der Neuen Philharmonie versammelten, im Zentralverband der Angestellten organisierten Buchhandlungsgesellen haben mit Unterstützung von dem Verhalten der Arbeitgeber Kenntnis genommen. Sie protestieren auf das schärfste dagegen, daß vom Arbeitgeberverband die geistliche Einrichtung des Schlichtungsausschusses adaktiert wird und beantragen ihre Organisation, mit allen Mitteln den Arbeitgeberverband zu Verhandlungen zu zwingen.

Aktivität der Postangestellten. Uns wird mitgeteilt: Die Funktionäre der Posthelfer begrüßen die Resolution der Telegraphenarbeiter und erklären sich solidarisch mit denselben. — Sie werden die Aktion mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Parteiveranstaltungen

18. Dittich (Gesellschaft). Die Einheitskassen für die Weihnachtsfeier müssen die Forderung abend beim Genossen Rejzard, Wehrmannstr. 52, abgerechnet sein.

19. Dittich. Als zur Weihnachtsfeier der religionslosen Kinder nicht notwendigen Einheitskassen müssen die Kartons heute dem Genossen Bier zurückgegeben sein. Nicht zurückgegebene Kartons gelten als veräußert.

Mittwoch, 21. Dezember

10. Dittich. Nachm. 5 Uhr im Schulgebäude Velle-Alliance-Ges. 20 Fraktionen. Zimmer wird durch Kuchling am Hauptingang bekanntgegeben. Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung findet heute nicht statt.

Donnerstag, 22. Dezember

11. U. A. 13. Verwaltungsrat (Tempelhofer, Mariendorf, Marienfelde, Nieschewitz). Der Verwaltungsrat für den 13. Bezirk versammelt abends 7¼ Uhr im Reichsamt des Genossen, Marienfelde, Kottbuser Str. 1, eine Weihnachtsfeier. Organisiert und gemeinsamer Gesang führt die Feier ein, die Rede sprach Herr von der Welle. Herr G. W. Kottbuser wird mit seinen Kindern mit und nach Hause gehen. Ein Quartett (Kottbuser, Kottbuser, Kottbuser) besetzt den musikalischen Teil. Genossin Wally Gebel erzählt den Kindern Märchen, die ebenfalls mit Gesängen und Versen verbunden werden sollen. Arbeitslose Genossen sowie die Jugendgenossen von der U. A. 13. haben freien Eintritt.

Vereinskalender

Mittwoch, 21. Dezember

Metallarbeiter-Verband. Nachm. 5 Uhr im Sophienkloster, Weinmeisterstr. 16, Mitgliederversammlung der Metall- und Eisenindustrie gemeinsam mit dem Metallarbeiter-Verband.

Veranstaltung für Post- und Telegraphenarbeiter. Es wird abends 7¼ Uhr im Reichsamt des Genossen, Marienfelde, Kottbuser Str. 1, eine Weihnachtsfeier. Organisiert und gemeinsamer Gesang führt die Feier ein, die Rede sprach Herr von der Welle. Herr G. W. Kottbuser wird mit seinen Kindern mit und nach Hause gehen. Ein Quartett (Kottbuser, Kottbuser, Kottbuser) besetzt den musikalischen Teil. Genossin Wally Gebel erzählt den Kindern Märchen, die ebenfalls mit Gesängen und Versen verbunden werden sollen. Arbeitslose Genossen sowie die Jugendgenossen von der U. A. 13. haben freien Eintritt.

